



Region
Stuttgart

Die IG Metall Region Stuttgart ruft ihre Mitglieder auf, am 27. November 2011 aktiv an der Volksabstimmung teilzunehmen

Wer die Demokratie stärken will, der muss zur Abstimmung gehen! Eine hohe Beteiligung ist ein Erfolg für die Bürgergesellschaft und für direkte Demokratie.

Dafür ist eine große Kraftanstrengung nötig.

Der Weg zu einer erfolgreichen Volksabstimmung in Baden-Württemberg ist steinig. Die Hürden sind hier so hoch wie in keinem anderen Bundesland. Dies hat der DGB seit langem scharf kritisiert. Für eine erfolgreiche Volksabstimmung genügt nicht etwa eine Mehrheit der Ja-Stimmen, sondern diese Mehrheit muss gleichzeitig mindestens ein Drittel aller Wahlberechtigten betragen – das sind gut 2,5 Millionen.

Die IG Metall in der Region bekräftigt nochmals ihre inhaltliche Position, die sie vor einem Jahr in einem Positionspapier veröffentlicht hat.

Bei der Auseinandersetzung um das „Beste Bahnhofskonzept“ geht es für uns nicht um eine Gesellschafts-/Gewerkschaftspolitische Grundsatzfrage. Es geht viel mehr um eine Kosten/Nutzen-Abwägung und um die Frage, wie mit demokratischem Bürgerprotest umgegangen wird. Sehen die einen in den Investitionen ein Milliardengrab von Steuergeldern, die sinnvoller ausgegeben werden können. Geht es für die anderen um Investitionen für eine moderne Infrastruktur.

Wir respektieren die individuelle Meinungsbildung unserer Mitglieder und unserer örtlichen Gliederungen.

Die Notwendigkeit des Schienenverkehrs als ökologische und energieeffiziente Alternative zum Straßen- und Luftverkehr ist unbestritten. Investitionen in die entsprechende Infrastruktur sind richtig und sinnvoll. In der Region Stuttgart geht es um die Bahnhofskonzepte S21, K21 oder die Kombi-Variante aus S21 und K21. Dies gilt aber auch für die Einbindung der Region in das europäische Fernverkehrsnetz von ... Mannheim – Karlsruhe – Stuttgart – Ulm.... und die Rheintalbahn. Bei Investitionen in öffentliche und regionale Großprojekte mit einem Volumen von vier bis fünf Milliarden Euro plus X wie beim Stuttgarter Bahnhof, ist es für die IG Metall in der Region Stuttgart unerlässlich, dass damit die beste Lösung erreicht wird.

Die IG Metall Region Stuttgart fordert eine vorbehaltlose Prüfung der Kombivariante.

Bei dieser Prüfung stehen aus Arbeitnehmersicht folgende Punkte im Vordergrund:

S21 ist kein „Jobmotor“ für die Region.

Die vermeintlich positiven Beschäftigungseffekte scheiden damit als Argument für S21 aus. Mit den Alternativen können ähnliche Beschäftigungseffekte erzielt werden. Zu dem Schluss kommt das IMU-Institut bei seiner Bewertung des Gutachtens „BW 21“ zu den Beschäftigungsauswirkungen von S21 im Juli 2011.

In der Bauphase eines Bahnprojektes sind die regionale Wirtschaft und das Handwerk bei der Auftragsvergabe zu berücksichtigen.

Dabei ist die unbedingte Einhaltung von Tariftreue und der Ausschluss von prekärer Beschäftigung bei der Auftragsvergabe zu gewährleisten. Den zuständigen DGB-Gewerkschaften ist der freie Zugang zu den Baustellen zu gewähren.

Das Bahnprojekt darf keine negativen Konsequenzen auf den regionalen Schienenverkehr haben!

Eine Einschränkung der Investitionen und Leistungen des ÖPNV darf es nicht geben. Der ÖPNV muss durch ein verbessertes Leistungsangebot davon profitieren. Wir fordern ein mittelfristiges Innovations- und Finanzierungskonzept, auch das Land darf bei der Auftragsvergabe an den regionalen Schienenverkehr (Acht Milliarden pro Jahr) keine Einschränkungen bei den Leistungen und der Qualität machen.

Das Bahnprojekt muss sich positiv auf den notwendigen Ausbau der Bahninfrastruktur im Land auswirken!

Es muss sichergestellt werden, dass auch durch evtl. Mehrkosten keine Einschränkungen gegenüber der vorliegenden Ausbauplanung entstehen. Die vorgesehenen Investitionsmittel der Bahn von 41 Milliarden bis 2014, davon ca. 31 Milliarden in Schieneninfrastruktur sind beizubehalten. Der Bund muss seiner vertraglichen Verpflichtung zum Ausbau der Rheintalstrecke bis 2015 nachkommen, dies gilt auch für Neubau bzw. Erweiterung der ICE-Trasse Frankfurt Mannheim und weiterer regionaler Anschlussprojekte zum Beispiel Stuttgart-Zürich, Ulm-Friedrichshafen. Es muss darauf geachtet werden, dass die Leistungsfähigkeit des Güterfernverkehrs in das Konzept integriert und die Leistungsfähigkeit verbessert wird.

Die Finanzierung des Bahnprojektes darf nicht zu Lasten von Bildung und Sozialem und der kommunalen Haushalte der Stadt und der Region Stuttgart führen.

Angesichts leerer Haushaltskassen der Gemeinden und der beschlossenen Schuldenbremse ist zu befürchten, dass die Mehrbelastung des Bahnprojekts zu Lasten anderer wichtiger öffentlicher Ausgaben geht. Die IG Metall Region Stuttgart fordert ein Sofortprogramm zur Stärkung der Investitionskraft kommunalen Haushalte und zur Erweiterung der Gemeindefinanzierung.

Soziale Schieflage.

Wer über vier Milliarden für einen Bahnhof investiert und gleichzeitig unter der Überschrift der Haushaltskonsolidierung bundesweit ein Sparpaket, mit über 30 Milliarden Euro beschliesst, das einseitig Hartz-4 Empfänger und Arbeitslose belastet. Wer auf der kommunalen und regionalen Ebene S21 mit finanziert und die Mittel für Bildung, Kultur und im sozialen Bereich kürzt, braucht sich nicht zu wundern, wenn die Bevölkerung damit nicht einverstanden ist.

Die Risiken in der Finanzierung dürfen nicht zu zusätzlichen Belastungen für die Haushalte führen.

Es bedarf schlüssiger Modelle zur Gegenfinanzierung der Kosten des Bahnprojekts. Die Gegenfinanzierung der Kosten muss aus laufenden Einnahmen und Zuschüssen und nicht durch Verkauf von kommunalem Eigentum erfolgen.

Es ist sicherzustellen, dass das zugesagte Investitionsvolumen von Bund und Bahn für Baden-Württemberg nicht verloren geht. Weiter muss sichergestellt sein, dass die Überschreitung der kalkulierten Kosten zu keiner Mehrbelastung des Landes und der kommunalen Haushalte führt.

Politik ist nicht alternativlos – Für direkte Bürgerbeteiligung

Öffentliche Großprojekte wie Stuttgart 21 brauchen gesellschaftliche Akzeptanz, sie lassen sich nicht gegen die Mehrheit der Bevölkerung in der Region Stuttgart durchsetzen. Das Ignorieren des Bürgerbegehrens mit über 67.000 Unterschriften war ein großer politischer Fehler. Den nachdrücklichen und unermüdlichen Bürgerprotest einfach zu ignorieren ist mehr als ein Fehler.

**Lebendige Demokratie braucht das Engagement ihrer Bürgerinnen und Bürger.
Demokratie stärken – am 27. November 2011 zur Volksabstimmung gehen!**